



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 25. Ratssitzung vom 30. November 2022

1034. 2022/551

Parlamentarische Initiative der AL-Fraktion vom 09.11.2022: Abgabe von Quittungen bei Personenkontrollen, Ergänzung der Allgemeinen Polizeiverordnung (APV)

Michael Schmid (AL) begründet die Parlamentarische Initiative (vergleiche Beschluss-Nr. 901/2022): Ich fasse die wichtigsten Punkte der Debatte, die wir vor drei Wochen beim Postulat GR Nr. 2022/406 geführt haben, zusammen. Das Auftreten von «Racial Profiling» ist unbestritten. Dem kann mit Quittungen entgegengewirkt werden. Diese sollen nicht nur Polizistinnen und Polizisten bewusst machen, warum sie eine Kontrolle durchführen, sondern auch den Kontrollierten verdeutlichen, warum die Kontrolle stattgefunden hat. Zudem kann die Statistik zu dieser Thematik korrekt geführt werden. Anderen Polizeicorps, die diese Massnahme umgesetzt haben, ist dies mit kleinem bürokratischen Aufwand gelungen. Der Stadtrat sprach sich gegen eine Aushändigung von Quittungen aus und äusserte sich offen gegen das Postulat. Es obliegt aber den Kompetenzen des Gemeinderats, die Grundsätze der polizeilichen Arbeit festzulegen. Ein erster Entwurf für den Wortlaut des neuen Artikels für die allgemeine Polizeiverordnung ist in der Initiative formuliert.

Die Parlamentarische Initiative wird von 57 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 42 Stimmen gemäss Art. 139 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Gemäss Parlamentarischer Initiative wird die Überweisung an die SK SID/V beantragt.

Damit ist die Parlamentarische Initiative stillschweigend der SK SID/V überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat